

"Europas Viererbande kämpft um weniger Geld" in Die Welt (26. März 1999)

Quelle: Die Welt. 26.03.1999. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europas_viererbande_kampft_um_weniger_geld"_in_die_welt_26_marz_1999-de-d2bc4393-16d4-4d78-ac4e-7a3c5639d0c3.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Europas Viererbande kämpft um weniger Geld

Die Nettozahler wollen Beiträge reduzieren – Wim Kok in der Klemme, Tony Blair verärgert

Von Andreas Middel

Berlin - Bei den Verhandlungen um eine gerechtere Lastenverteilung der EU-Finzen in Berlin steckt vor allem der niederländische Regierungschef Wim Kok in der Klemme. Im Koalitionsvertrag der Regierung steht eine Zahl, die seinen Verhandlungsspielraum erheblich einschränkt: Um 1,3 Milliarden Gulden, umgerechnet rund 1,1 Milliarden Mark, soll der Nettobeitrag der Niederlande an die EU verringert werden.

Bislang zahlt die Regierung in Den Haag mehr als 4,4 Milliarden Mark netto an die EU - und ist gemessen an der Gesamtsumme nach Deutschland (22 Milliarden Mark) der größte Nettozahler der Union.

Nicht nur in Bonn, auch in Den Haag ist man nicht bereit, diesen Zustand auch in den kommenden sieben Jahren zu akzeptieren. Und darum sind die Niederländer die natürlichen Verbündeten Deutschlands bei der Forderung nach mehr Beitragsgerechtigkeit. Zur deutschniederländischen Allianz gesellen sich noch die Schweden, mit mehr als zwei Milliarden Mark ebenso Nettozahler wie die Österreicher mit knapp 1,4 Milliarden. Bis auf die Niederlande hat sich allerdings noch kein Land dieser Viererbande festgelegt, um welche Summen sie entlastet werden sollen.

Die Bundesregierung hält sich seit Wochen vollkommen zurück. Ihr sind gewissermaßen die Hände gebunden, weil sie als Ratspräsident zur Moderation verpflichtet ist. Aus der österreichischen und schwedischen Delegation dringt in Berlin nichts nach außen.

Immerhin haben inzwischen alle EU-Staaten eingeräumt, daß es Ungleichgewichte bei der Finanzierung gibt. Und auf diese Einsicht bauen die Vorschläge, die die Bundesregierung zu einer Neuordnung der Finanzen vorgelegt hat.

Ein Modell zur Reduzierung des deutschen Nettobeitrags ist allerdings schon wieder vom Tisch, bevor es ernsthaft verhandelt wurde: das der nationalen Kofinanzierung der Agrarpolitik. Rund 1,3 Milliarden Mark hätten sich dadurch einsparen lassen. Doch am Widerstand Frankreichs ist dieser Vorschlag gescheitert.

Die Hoffnungen richten sich jetzt auf das sogenannte Kappungsmodell. Demnach sollten die Nettozahlungen einen bestimmten Anteil des Bruttosozialprodukts (BSP) nicht überschreiten. Die Niederländer sind mit gut 0,71 Prozent ihres BSP in der Pflicht, die Bundesrepublik mit 0,60 Prozent des BSP. Frühere Vorstellungen gingen dahin, die Obergrenze bei etwa 0,4 Prozent zu ziehen und die darüber liegenden Zahlungen nach dem Vorbild des Briten-Rabatts zu zwei Dritteln zu erstatten. Allerdings ist bei diesem Modell offen, wer dafür aufkommen soll.

Am weitesten fortgeschritten sind die Bemühungen, den sogenannten Eigenmittelbeschluß der EU zu ändern. Dabei sollen sich die Finanzbeiträge an die EU möglichst ganz am Anteil des einzelnen Landes am gesamten Bruttosozialprodukt der EU orientieren.

Und ein Dauerthema ist auch der nur Großbritannien gewährte Rabatt. London erhält seit 1984 zwei Drittel seiner Zahlungen nach Brüssel automatisch zurück. Zahlen müssen dies die übrigen 14 Länder. Diesen Automatismus möchte die Bundesregierung möglichst stoppen und zumindest den Finanzierungsschlüssel für den Briten-Rabatt ändern. Doch die Regierung um Tony Blair reagiert verärgert, wenn solche Ansinnen laut verkündet werden. „Wenn der Rabatt weiter auf der Tagesordnung bleibt, wird es schwierig, in Berlin die Quadratur des Kreises zu schaffen“, warnte Außenminister Robin Cook schon vor dem Gipfel.

Und Tony Blair machte klar, daß die Gründe für den Briten-Rabatt weiter bestünden. Natürlich gebe es Ungerechtigkeiten bei der Finanzierung, aber man könne nicht eine Ungerechtigkeit durch eine neue nur für Großbritannien ersetzen.

Im Klartext: Die vier Nettozahler müssen sich an jemand anderen halten, um mit einer Entlastung nach Hause zu kommen.